

Danziger Zeitung.

No 9792.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntagen, Feiertagen und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeile 10 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 19. Juni. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer machte der Minister des Innern, Heemskerk, die Mitteilung, daß das Ministerium in Folge der Ablehnung des Militärgesetzes dem König um seine Entlassung gebeten habe. Der König werde sich erst nach Beendigung der Arbeiten der Kammern über die Annahme des Entlassungsgesetzes entscheiden.

Brüssel, 19. Juni. Eine von den angehenden Mitgliedern der liberalen Partei aus den bedeutendsten Städten des ganzen Landes besuchte Versammlung hat einen Antrag angenommen, wonach in allen Landestheilen eine an den König gerichtete Petition zur Unterzeichnung aufgelegt werden soll, worin um Einberufung der Kammern zu einer außerordentlichen Session behufs Vornahme der Wahlprüfung der am 13. d. gewählten Deputierten und behufs einer Revision des Wahlgesetzes gebeten wird.

Konstantinopel, 19. Juni. Die Journale „Courrier de l'Orient“ und „Stambul“ sind wegen der von denselben gebrachten Artikel, in welchen der ermordete Kriegsminister, Hussein Pasha, angegriffen wird, suspendiert worden. — Der „L'Evant Herald“ wird vom 14. Juli c. ab wieder erscheinen.

Petersburg, 19. Juni. Der Zustand des schon vor längerer Zeit erkrankten Herzogs Georg von Mecklenburg-Strelitz (russ. General, vermählt mit einer Cousine des Kaisers) ist jetzt sehr besorgnisserregend.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung am 19. Juni.

Von den Ministern des Handels, der Finanzen, des Innern und der Landwirtschaft ist eine Vorlage eingegangen, betreffend die Gewährung von Staatsunterstützungen an die durch das Hochwasser in diesem Frühjahr geschädigten Landestheile.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abfassung der Servituten, die Teilung der Gemeinheiten und die Zusammenlegung der Grundstücke für die Provinz Schleswig-Holstein.

Berichterstatter Kraß: Das Gesetz bezweckt die Förderung der Landeskultur in der Provinz Schleswig-Holstein. Es hat sich im Allgemeinen an die Bestimmungen gehalten, welche schon seit langen Jahren in den altpreussischen Provinzen bestehen und sich durch die Praxis bewährt haben, wenn es auch einige provisorische Eigentümlichkeiten hat berücksichtigen müssen, doch hat die Kommission dieselben nicht für so groß gehalten, um wesentliche Veränderungen jenen Bestimmungen gegenüber eintreten zu lassen. Nur in Bezug auf einen Punkt ist man von denselben etwas weiter abgegangen, nämlich in Bezug auf die Zusammenlegung, weil man in der altpreussischen Gesetzgebung nicht genug Garantien für die Wirksamkeit des Gesetzes in Bezug auf die Verhältnisse dieser Provinz fand.

Abg. Hänel: Wenn ich die Tendenz des Gesetzes ins Auge fasse, so kann ich demselben nur zustimmen; ich selbst habe seit Jahren das Prinzip der Vorlage vertreten. Trotzdem muß ich mich dem Gesetze gegenüber in diesem Augenblick ablehnend verhalten. Ich erinnere hierbei an die Worte des früheren hochverehrten Abg. Vette, welcher auf dem volkswirtschaftlichen Kongresse zu Köln erklärte, daß gerade auf agrarischem Gebiete die historisch gewordenen Verhältnisse bis in das Kleinste hinein berücksichtigt werden müßten, und daß man nicht für einen Landestheil Gesetze machen dürfe, bloß aus dem Grunde, weil dieselben in anderen Landestheilen, die in ihren Verhältnissen von jenen völlig different sind, sich bewährt haben. An der Hand dieses Ausspruchs mache ich dem Gesetz den Vorwurf, daß es die tatsächlichen Verhältnisse absolut nicht berücksichtigt. Wenn der Kommissionsbericht behauptet, daß man sich lediglich an die altbewährten preussischen Bestimmungen der alten Provinzen gehalten habe, so ist dies durchaus nicht der Fall. Die zwangsweise Zusammenlegung findet hier in einer Weise statt, wie in keinem anderen preussischen Landestheile, nämlich auf den bloßen Antrag einer einfachen, die Mehrheit des Reinertrages der Grundstücke repräsentierenden Zahl von Besitzern hin. Auf den Kleingrundbesitzer wird gar keine Rücksicht genommen. Drei Nachbesserungsgründe kann es für die zwangsweise Zusammenlegung geben: die Notwendigkeit des Uebergangs aus der alten Agrarwirtschaft in die moderne, die allzu große Zerstückelung der Grundstücke und endlich die Existenz schlechter Wege und der Mangel eines Entwässerungssystems. Aus allen drei Punkten kann aber für Schleswig nicht die Notwendigkeit des Zwanges hergeleitet werden, und es wird für die Zusammenlegung mindestens ein anderes Majoritätsverhältnis geschaffen werden müssen, als es hier vorgeschlagen ist. Das Gesetz enthält jeder statischen Grundlage. Es ist lediglich eine schematische Abschrift des für Hessen geschaffenen Gesetzes vom Jahre 1867, das ebenso wenig den lokalen Bedürfnissen angepaßt war, und das wir jetzt ändern müssen. Ich beantrage Zurückweisung des Gesetzentwurfs an die verstärkte Agrarcommission zur schriftlichen Berichterstattung.

Abg. Schellwitz beruft sich auf den früheren Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, v. Ellwanger, sowie auf die Ausführungen des Provinziallandtages, welche sich mit dem Gesetzentwurf völlig einverstanden erklärt haben.

Minister Friedenthal: Ich kann mit Rücksicht auf die Zweifel des Abg. Hänel nur die Erklärung geben, daß die R. Staatsregierung nur nach reiflicher Ueberlegung und eingehender Berichterstattung von Seiten der zuständigen Behörden Ihnen diese Vorlage gemacht hat. Das Bedürfnis zu dem vorliegenden Gesetze ist von Seiten des Provinziallandtages für Schleswig-Holstein selbst anerkannt worden, und ich kann es diesem völlig überlassen, für seine Meinung, die der des ersten Vorredners diametral gegenübersteht, einzutreten. Jedemfalls ist die Staatsregierung verpflichtet, auf seine Stimme, als die maßgebendste, zu hören. In Bezug auf das heftige Gesetz, was vorher als völlig schlecht bezeichnet wurde, kann ich nur sagen, daß es durchaus günstig gewirkt hat, wenn es auch nötig geworden ist, eine Änderung einzelner Bestimmungen eintreten zu lassen, welche den lokalen Verhältnissen nicht angepaßt waren. Wenn wir das vorliegende Gesetz nicht durchführen und eine Stagnation in Bezug auf die Ackersektorgesetzgebung eintreten lassen, so würde dies zu den großartigsten Verzerrungen Anlaß geben. Ich bin völlig bereit, provisorische Eigentümlichkeiten zu berücksichtigen, aber eingebildete kann ich unmöglich begünstigen.

Abg. Hänel betont noch einmal, daß er durchaus nicht gegen die Tendenz des Gesetzes sei, er wünsche nur, daß es die nötige statische Grundlage erhalte.

Abg. Seelig weist darauf hin, daß die Beschlüsse der Kommission keineswegs mit großer Majorität gefaßt worden seien. Man habe vielmehr bei der ersten Lesung mehrere principielle Abänderungsanträge angenommen, die späterhin nur deshalb wieder abgelehnt wurden, weil bei der zweiten Lesung wenig Mitglieder über die Hälfte anwesend waren. Er halte deshalb den Antrag Hänel für vollkommen begründet.

Referent Kraß: Bei der Zurückweisung der Vorlage an die Kommission würde das Gesetz in dieser Session überhaupt nicht mehr zu Stande kommen.

Der Antrag Hänel wird hierauf abgelehnt und der § 1 unanversändert angenommen.

§ 3 bestimmt, daß eine Zusammenlegung von Grundstücken stattfinden soll, wenn dieselbe von den Eigentümern von mehr als der Hälfte der Fläche dieser Grundstücke, die zugleich mehr als die Hälfte des Katastralertrages repräsentieren, beantragt wird und von der Zusammenlegung eine erhebliche Verbesserung der Landeskultur zu erwarten ist. Die Entscheidung über diese letzte Frage kann nach § 3a jeder Beteiligte von dem Kreistage verlangen. Abg. Seelig beantragte, das Umlegungsverfahren noch davon abhängig zu machen, daß die dasselbe beantragenden Grundbesitzer zugleich die Mehrheit der Eigentümer der zusammenzulegenden Grundstücke bilden und daß über die Frage der erheblichen Verbesserung der Landeskultur außer bei Einstimmigkeit aller Beteiligten jedenfalls ein Beschluß des Kreistages nach erfolgter Begutachtung einer fachverständigen Commission erfolgt sein muß. — Minister Friedenthal erklärt sich gegen den Antrag, weil er die Wirksamkeit des Gesetzes bedeutend abschwächen und die Zusammenlegung nur in den seltensten Fällen ermöglichen würde. — Der § wird nach der Kommissionsfassung mit einem von Hänel beantragten Zusatz, wonach die Feststellung des Umlegungsbezirks vor der Beschlußfassung des Kreistages erfolgen muß, angenommen. — Die folgenden §§ des Gesetzes werden theils nach den Kommissionsanträgen, theils nach Amendements der Abg. Seelig und Gen., denen die Reg. zustimmt, angenommen. — Nächste Sitzung: Dienstag.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 19. Juni.

Gesetzentwurf, betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften. — Graf zur Lippe empfiehlt Namens der Commission die Annahme des Entwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Graf Wielhorski: Ich bestreite nicht nur die Kompetenz dieses Hauses, über diese Gesetzesvorlage Beschlüsse zu fassen, sondern lege hiermit feierlichen Protest ein gegen die Einbringung dieses Gesetzes seitens der Regierung. Durch dieses Gesetz werden alle Polen, so wie sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind, außerhalb des Gesetzes gestellt. Es ist das eine Gewaltmaßregel ohne Gleichen und eine brutale Verletzung der von den preussischen Königen feierlich beschworenen Verträge. Ein solches Vorgehen, wie es die Regierung in dieser Vorlage uns Polen gegenüber eingeschlagen hat, spricht aller Moralität Hohn und ist ein trauriges Zeichen, wie weit es die neue Ära der deutschen Gewaltpolitik gebracht hat. (Obol! Unruhe.) In demselben Augenblicke, wo die preussische Regierung es unternimmt, die Christen im Orient gegen die grausamen Bedrückungen der muslimanischen Herrschaft zu schützen, erkräftigt sie die deutsche Bevölkerung zu eben denselben Bedrückungen gegen die Polen. (Obol! Die Ausübung unserer Religionsvorschriften ist uns verwehrt, unsere Sprache aus der Schule vertrieben, und jetzt soll sie auch als Geschäftssprache verbannt sein. Denken Sie nicht, daß Sie uns behandeln können wie Feinde, die Ihnen aus Gnade und Ungnade übergeben sind. Sie haben uns übernommen auf Grund internationaler völkerrechtlicher Vereinbarungen und Verträge, wonach Sie unsere Sprache und Nationalität zu schützen versprochen haben. Wenn wir diesen königlichen Versprechen und Verträgen zum Trotz mit solchem Eynismus behandelt werden (Rufe: Zur Ordnung!) so hoffe ich, daß alle diese brutalen Angriffe an unseren unverletzlichen Ansprüchen und Rechten machtlos gescheitern werden. Dieses Gesetz wird dem deutschen Namen hier und im Auslande keinen Ruhm bringen, und nur unheilvoll für Preußen und Deutschland können die Folgen einer derartigen Aufmunterung zum Völkerverbrechen und zur Entwürdigung der Krone in Rücksicht auf das feierliche Versprechen des Königs sein. (Wiederholte Unruhe und Rufe: zur Ordnung!) — Vizepräsident v. Bernuth: Der Redner wird nicht verkennen, daß die Redefreiheit bei dieser Discussion möglichst weiten Spielraum gegeben habe; nun muß ich ihn aber entscheiden bitten, die Grenzen inne zu halten, die wir in diesem Hause stets zu beachten gewohnt waren. — Graf Wielhorski: So will ich mit den Worten Ihres Dichters schließen. Ich habe das Meinige gethan, thun Sie das Ihre.

Justizminister Leonhardt: Die Materie dieses Gesetzes ist bereits im anderen Hause erschöpfend behandelt worden, und da der Vorredner heute nicht das geringste Sachliche vorgebracht hat, so habe ich keine Ursache, die Rechtfertigung des Gesetzes vor Ihnen zu wiederholen.

Oberbürgermeister von Posen Kobleis: Ich habe bereits vor drei Jahren, als uns dieselbe Angelegenheit beschäftigte, nachgewiesen, daß dieses Gesetz weiter nichts ist, als eine legislative Bestätigung dessen, was bereits seit Jahrzehnten in Posen gewohnheitsmäßig Recht ist. Ich halte diese Aufmunterung auch heute vollständig aufrecht. Meine Landeskultur befindet sich bei dieser Frage in einer Selbstanklage, die sie veranlaßt, die Situation und die Verhältnisse, wie sie im Jahre 1816 und 1817 in der Provinz Posen bestanden und wie sie heute bei uns existieren, fortwährend zu wechseln. Diese Verhältnisse von damals und jetzt sind aber einander so ähnlich, wie Nacht und Tag.

Damals war bei uns die polnische Sprache die herrschende; alle deutsche Familien ließen ihre Kinder Polnisch lernen, ein Beispiel, das ich heute den Polen bei uns in Bezug auf die deutsche Sprache nur zur Nachahmung empfehlen kann. Die Bestimmung des Vertrages, wonach bei Uebnahme der Provinz der polnischen Sprache Gleichberechtigung zuerkannt wurde, war daher damals nicht ein Ausdruck des wohlwollenden Gefühls, sondern der Nothwendigkeit der bestehenden Verhältnisse. Diese sind aber heute völlig andere geworden. Nicht nur sind jetzt alle Staatsbehörden bei uns deutsch, sondern die deutsche Sprache ist so vollständig die herrschende geworden, daß heut zu Tage jeder Pole bei uns, der auf Bildung Anspruch machen will, seine Kinder Deutsch lernen läßt. Von den Beamten im Justizfach waren 1820 in der Provinz Posen noch 45 Proc. Polen, 1831 nur noch 30 Proc., und heute ist die Zahl auf höchstens 9 bis 10 Proc. gesunken.

Graf Kwiecki giebt dem Vorredner Recht darin, daß die deutsche Sprache in den Städten die polnische verdrängt habe; das sei aber entschieden auf dem Lande nicht der Fall; der Grund liege nur darin, daß die Deutschen jetzt nicht mehr Polnisch lernen wollten; im Uebrigen bezeichnet Redner die Vorlage als eine tiefe Schädigung des monarchischen Prinzips, denn mit diesem vereinige sich offenbar nicht diese Verletzung des Ehrenwortes des Vaters und des Bruders. (Lebhafter Unruhe.) — Vizepräsident v. Bernuth unterbricht den Redner mit der Bitte, derartige Aeußerungen zu unterdrücken. — Graf Kwiecki: Ich bin wiederholt der Majestätsbeleidigung angeklagt worden, ich frage aber, was ist eine größere Majestätsbeleidigung: das königliche Ehrenwort seiner Vorgänger zu verletzen oder. (Große Unruhe.) — Vizepräsident v. Bernuth: Es ist nicht zulässig, in dieser Weise von einer Vorlage zu sprechen, die die Regierung eingebracht, und ich muß mich, wenn der Redner in solchen Ausdrücken fortfährt, zu meiner Unterthänigkeit an das Haus wenden. — Graf Kwiecki verläßt hierauf die Tribüne.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs werden darauf unversändert angenommen.

Ferner genehmigt das Haus den Gesetzentwurf, betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Preußen, Pommern, Schlesien und Sachsen, jedoch mit Ausnahme der im Entwurfe projectirten Vereinigung der Ostpreussischen Kreise Ostpreußen und der Landgemeinde Reinfeld mit dem Kreise Schwelbitten unter Abtrennung derselben von dem Kreise Belgard. — Ebenso die von der Commission beantragte Resolution, die Staatsregierung aufzufordern, Gesetze, welche die Veränderung von Kreisgrenzen betreffen, wenn eine Einigung der Interessen nicht erzielt ist, den bezüglichen Provinziallandtagen zur Begutachtung vorzulegen.

Den Gesetzentwurf, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden, beantragt sodann Geheimrath Bessler zunächst zur Vorberatung an eine Commission zu verweisen. Nach längerer Debatte entscheidet sich das Haus für die 1. Beratung im Plenum, verlegt dieselbe jedoch dann auf Dienstag.

Danzig, 20. Juni.

Die Agrarier studiren schon lange darüber, wie sie die Presse ihren Zwecken dienstbar machen können. Der Vorschlag, welcher dort am meisten Anklang findet, geht dahin, die Pressegesetzgebung dahin abzuändern, „daß jedem deutschen Reichsbürger das Recht gewährt wird, gegen Entgelt in jedem Organ seine Meinung frei zu äußern“. d. h. gegen Bezahlung der Insertionsgebühren soll Jedem der redactionelle Theil der Zeitungen frei zur Verfügung stehen (s. No. 119 und 120 der Landestg.). Dann würde also dem Geldbeutel das Privilegium, das ihm jetzt schon von den Agrariern, glücklicherweise, was die einflussreicheren Organe betrifft, meistens mit Unrecht nachgesagt wird, gesetzlich zugesprochen werden. Das einzige Unterscheidungszeichen der anständigen und der käuflichen Presse, daß der redactionelle Theil für Geld nicht zu haben ist, wäre dadurch beseitigt. So lange die gewünschte gesetzliche Abänderung noch nicht getroffen ist, suchen die Agrarier ihren Zweck auf dem billigeren Wege der „Berichtigungen“ zu erreichen. Ueber die Mitglieder der Partei erfahren wir aus den vorhandenen Biographien politischer Persönlichkeiten, aus den Reichstags- und Landtagsalmanachen, meistens nichts, es sind ja fast sämtlich homines novi; die hervorragenderen politischen Persönlichkeiten der altconservativen Partei halten sich noch hinter dem Berge und werden erst hervorgetreten, wenn den neuen Kräften der Versuch der Sammlung unter einer andern Fahne gelungen ist. Bei den Mittheilungen über die Bewegung außerhalb unserer Provinz müssen wir uns auf auswärtige Organe verlassen, und da ist ein Irrthum leicht. Es sitzen uns aber einerseits die Agrarier des Kosenberger Kreises, andererseits die aus Pommern im Norden, sie lesen uns eifriger, als es die Liberalen thun, und bemühen sich, auf uns einzuwirken, indem sie uns ihre und ihrer Freunde Mitarbeiter zu Theil werden lassen. Es scheint schon eine vollständige Organisation zu diesem Zwecke zu bestehen. Unsern süd- und mitteldeutschen Organen entnommenen Mittheilungen über die Thätigkeit des Herrn Freiherrn v. Thüngen-Kosbach hat uns bereits eine „Berichtigung“ durch die gütige Vermittelung des Freiherrn v. Hammerstein-Schwartow zugeführt; heute erhalten wir durch Herrn Lieut. a. D. v. Wuffow-Gr. Peterwitz in derselben Sache eine zweite „Berichtigung“ des Herrn v. Thüngen. Dieselbe ist von Kosbach, 15. Juni, datirt und lautet:

In Nr. 772 Ihrer Zeitung beschäftigen Sie sich wiederholt mit meiner Person in einer Weise, die mich zu folgender „thatfälligen“ Berichtigung veranlaßt. Ich bin nicht „ultramontan“ aus dem einfachen Grunde, weil ich Protestant bin. Auch theile ich die den Ultramontanen, ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier unerörtert, zur Last gelegte Reichseinkassations nicht. bin vielmehr seit meiner frühesten Jugend Schwärmer für

Deutschlands Einheit und Größe. Wenn Sie sagen, „daß ich soweit in der Sehnacht nach Reaction gebe, daß ich selbst im Berliner agrarischen Parlament mit mehreren meiner weiseften geübten Anträge in der Minorität blieb“, so ist die Wahrheit, daß ich mit meinem Antrage auf Einführung der allgemeinen progressiven Einkommensteuer, und damit, daß ich statt des Wortes „christlich“, in § 2 der Statuten, „sittlich“ gesetzt wissen wollte, in der Minorität blieb. Inwiefern diese Anträge „reactionär“ waren, überlasse ich Ihrer Beurtheilung. Weder Herr Bahr, noch Herr Sellner, „die beiden waderen deutschen Männer“, widerlegten irgend eine meiner Behauptungen. Ersterer bekannte sich im Gegentheile mit dem materiellen Theile meiner Ausführungen, die sich auf die Kritik der neueren Gesetzgebung bezogen, als vollkommen im Einklang, und sprach nur vom nationalliberalen Parteistandpunkte sein „Anathema“ über die „Agrarier“ aus. Letzterer fühlte sich durch eine Klage gegen den Petitionsausschuß unserer Kammer, dem er selbst angehört, getroffen und suchte dieselbe abzuwenden. Was „meine Standesgenossen in der bairischen Reichsrathskammer“ anlangt, so konnten dieselben schon deshalb nicht zu allen Gesetzen „Ja und Amen“ gesagt haben, weil der größte Theil der von mir kritisirten Gesetze Reichsgesetze sind. Außerdem habe ich wiederholt öffentlich ausgesprochen, daß unsere Reichsrathskammer die berechtigten Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft nicht in genügender Weise vertritt, was zum Theil in Ihrer Zusammenfassung begründet ist. Die Minorität, welche nicht für die Bahr'sche Resolution stimmte, betrug nicht „etwa 20 Stimmen“, sondern etwa 1/3 der Versammlung.

Daß Herr v. Th. nicht ultramontan, sondern Protestant ist, haben wir schon früher berichtet; ebenso daß er von Jugend an für Deutschland Ehre und Größe schwärmte. Der Haupttheil jener Mittheilung in Nr. 772 unseres Blattes (mit Ausnahme der einleitenden Sätze), namentlich der Bericht über die Thätigkeit des Herrn v. Th. in Schweinfurt war in Form und Inhalt wörtlich einer Münchener X-Correspondenz der „Köln. Ztg.“ entlehnt, Deutschlands erstem und gelesestem, auch in Bayern sehr verbreiteten Blatte. Wir wundern uns nur, daß Herr v. Th. nicht die Mittheilungen dieses Organes „berichtigt“ hat, sondern uns, die wir von hier aus nicht den Thatbestand so genau controliren können. Daß die Minorität, welche nicht für die Bahr'sche Resolution stimmte, „nicht etwa 20 Stimmen, sondern etwa 1/3 der Versammlung“ betrug, wäre nur dann eine wirkliche Berichtigung, wenn zugleich die Stärke der Versammlung angegeben würde.

Die Agrarier haben soeben in Hannover eine Niederlage erlitten. In Rotenburg i. Hannov. fand in voriger Woche eine Versammlung des Centralausschusses der hannoverschen Landwirtschafts-Gesellschaft statt, deren Zweck die Beförderung der landwirtschaftlichen Interessen ist. Es war ein neuer Director an Stelle des zurückgetretenen Grafen Borries zu wählen. Die vereinigten Welsen und Agrarier setzten Alles daran, dem welschen Agrarier v. Lenthe zu wählen, und sie waren sehr siegesgewiß. Derselbe unterlag aber gegen den Landesökonomie-Rath Kaufmann. Die wohl informirte „Nat.-Lib. Corr.“ sagt über die Wahl:

„Herr Kaufmann mag in politischer Beziehung vielleicht kein besonders prononcirtes Parteimann sein, soviel aber steht fest, daß er weder Welse noch Agrarier ist. Seine Wahl zum Director bedeutet also ganz klar, daß die zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen Hannover's in freier Wahl ernannte Körperschaft die agrarischen Bestrebungen verurtheilt hat. Die Agrarier werden dies Resultat freilich in allen erdenklichen Wendungen zu verstehen und hinwegzuleugnen suchen, ganz besonders werden sie sich, da auch der Name des Herrn v. Bennisgen mit dieser Wahl in Verbindung gebracht worden ist, bemühen, dieselbe in einen gewissen Gegensatz zur nationalliberalen Partei zu stellen. Dem gegenüber bemerken wir aber bereits jetzt, daß Herr Kaufmann schon früher, als Herr v. Bennisgen in Folge von an ihn ergangenen Anfragen Gelegenheit hatte, sich über einen geeigneten Candidaten auszusprechen, von demselben für die in Rede stehende Stellung warm empfohlen worden war. Die Niederlage für die Agrarier ist uns so empfindlicher, grade weil dem Gewählten, welcher Rittergutsbesitzer und Domänenpächter ist, die Autorität ausgezeichneter landwirtschaftlicher Kenntnisse zur Seite steht, jeder Versuch, ihn der Verkennung der wahren Bedürfnisse der Landwirtschaft zu beschuldigen, also von vornherein unmöglich gemacht ist.“

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte die gewöhnliche Physiognomie erster Sitzungen nach den Ferien: dünn besetzte Bänke und zahlreiche Gruppen in Privatunterhaltung. Das Alles beherrschende Thema war natürlich die Frage nach der Dauer und dem voraussichtlichen Erfolge des nun begonnenen Restes der Session. Hinsichtlich des Erfolges gab sich im Allgemeinen eine sehr pessimistische Auffassung zu erkennen; die soeben zur Verteilung gekommene gedruckte Zusammenstellung der Beschlüsse der Städteordnungscommission des Herrenhauses hatte die Erwartungen sichtlich tief herabgestimmt. Was die Dauer anlangt, so wollten Einige wissen, daß das ganze Material sich in vier Sitzungen werde abwickeln lassen und die Schließung bereits am 26. erfolgen werde; die Meisten waren der Ansicht, daß der Schluß des Landtags Ende nächster Woche erfolgen werde. Thatächlich ist es unmöglich, daß Städteordnung und Com-

petenzgesetz vor Anfang der nächsten Woche an das Abgeordnetenhaus gelangen können. Ein Ministerrat soll in den nächsten Tagen über die in der Erledigung begriffenen Arbeiten des Landtages und den Schlusstermin des Landtags beraten. Wie sehr alle Vorbereitungen, welche über die noch zur Erledigung erforderliche Zeit angestellt werden, täuschen können, zeigte der Verlauf der gestrigen Sitzung. Innerhalb vier Stunden gelangte man nicht über die erste Nummer der langen Tagesordnung hinaus. Es handelte sich um den im Herrenhause bereits durchberathenen und von der Agrar-Commission des Abgeordnetenhauses mehrfach amendirten Gesetzentwurf betreffend die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinschaften und die Zusammenlegung der Grundstücke in Schleswig-Holstein. Die Abg. Hänel, Selig und andere hatten eine Reihe von Amendements eingebracht, indem sie behaupteten, daß die Vorlage ohne die erforderliche Kenntniß und Berücksichtigung der speciellen Verhältnisse Schleswig-Holsteins gemacht sei. Der Minister Friedenthal berief sich aber auf die Zustimmung des Provinzial-Landtages und der Schleswig-Holsteinschen Mitglieder der Agrar-Commission. Die Vorlage wurde demnach auch entsprechend den Commissions-Vorschlägen angenommen.

Im Herrenhause kam das Sprachengesetz zur Verhandlung. Die Polen v. Mielczynski und Graf Ksielecki bemühten sich, die aus dem Abgeordnetenhaus bekannten Klagen und Invektiven zu wiederholen, ja dieselben in einem Maße zu überbieten, daß selbst diese sonst so geduldige Versammlung in Harnisch gerieth und der Präsident mit energischen Ermahnungen einschreiten mußte. Der Gesetzentwurf wurde im Uebrigen unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Dann wurde die Vorlage wegen Veränderung der Grenzen einiger Kreise erledigt.

Die Regierung hat noch nicht alle Hoffnung auf das Zustandekommen wenigstens des Competenzgesetzes aufgegeben. In diesem Gesetz scheinen die Gegensätze sich besonders auf zwei Punkte zu concentriren. Die Commission des Herrenhauses lehnt den „Stadtausfluß“ für die größeren Städte (von über 10 000 resp. 8000 Einwohnern) innerhalb der Landkreise ab. Wie es heißt, soll das Herrenhaus damit umgehen, einen Ersatz hierfür darin zu suchen, daß schon Städten von 15 000 Einwohnern unter Zustimmung des Provinzialraths das Ausschneiden aus dem Landkreise und die Bildung eines eigenen Stadtkreises gestattet werden soll. Die zweite bedeutende Differenz besteht darin, daß das Ober-Verwaltungsgericht nicht, wie das Abgeordnetenhaus beschloß, hat, mindestens mit 5 Richtern im Hauptamt, sondern nur mit einer Mehrheit solcher Richter besetzt sein müsse. Die national-liberale „B. A. C.“ sagt, diese beiden Abweichungen von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses seien von so hervorragender Bedeutung, daß, wenn dieselben durch das Plenum des Herrenhauses bestätigt werden, die Annahme derselben durch das Abgeordnetenhaus nicht wahrscheinlich ist. In Betreff des Stadtausflusses kann die für die Städteordnung vorbehaltene Clausel eines möglichen Ausscheidens der Städte von über 15 000 Einwohnern in doppelter Beziehung keinen Ersatz bieten. Einerseits wird abgesehen von der wichtigen, zwischen 8000 resp. 10 000 und 15 000 Einwohnern liegenden Differenz, durch die vorbehaltene Zustimmung des Provinzialraths die selbstständige Bewegung der Städte aufgehoben; andererseits ist das gänzliche Ausschneiden der größeren Städte aus einem Kreise von so bedeutender organisatorischer Rückwirkung, daß es einen weit größeren Einschnitt in die bisherige Gesetzgebung macht, als die bloß facultative Bildung eines Stadtausflusses für einige polizeiliche Angelegenheiten. In Betreff der Besetzung des Oberverwaltungsgerichts hat eine geschlossene und große Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Minimum ihrer Forderungen formuliert und die äußerste Grenze des Entgegenkommens bezeichnet.

Deutschland.

△ Berlin, 19. Juni. Man wird sich erinnern, daß die Budgetcommission weitere Verathungen über den Entwurf, betreffend die Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle, von einem Bescheide der Reichsregierung über das Eigentumsrecht Preußens an dem Zeughaus abhängig gemacht hat. Dieser Bescheid ist jetzt und zwar in entgegenkommendster Weise eingegangen, und es wird die Budgetcommission in nächster Zeit zusammentreten, um weiter darüber zu befinden. Bei dem nahen Sessionschluß dürfte inoffen nicht mehr Zeit übrig bleiben, um den Gegenstand in beiden Häusern des Landtags oder auch nur im Abgeordnetenhaus zur Erledigung zu bringen. — Die Vorlage betreffend die Erwerbung der Herrschaft Schwedt durch den Kronfideicommiss findet im Abgeordnetenhaus eine günstige Stimmung, nur wird man auf eine Vorlegung des für die Krone günstigen Erkenntnisses des Obertribunals hinwirken, um die Gründe desselben kennen zu lernen. Auch bedarf eine Vernehmung der Motive einer näheren Aufklärung. Der Ertrag von 2 845 000 Mk. soll bekanntlich aus der französischen Kriegskostenentschädigung entnommen werden, und es heißt betreffs der letzteren in den Motiven, daß dem preussischen Staate ein Antheil im Betrage von 19 459 013 Mk. neuerdings überwiesen worden sei. Dagegen wird in den Motiven zu dem die Ruhmeshalle betreffenden Gesetzentwurfe, welcher ebenfalls 6 Millionen aus der französischen Kriegskostenentschädigung entnehmen wollte, die Bemerkung gemacht, daß „aus dem auf den ehemaligen Norddeutschen Bund fallenden Restantheil an der Kriegskostenentschädigung der preussischen Finanzverwaltung im Laufe des Februar d. J. eine Summe von 9 729 507 Mk. zur Verfügung gestellt worden“ sei. Es wäre von Interesse, zu wissen, ob es sich bei dem erwähnten Gesetzentwurfe um eine abermalige Zahlung aus der Kriegskostenentschädigung handelt, und es könnte nicht schaden, wenn man zugleich erführe, ob und welche Einnahmen die preussische Staatskasse aus dieser Quelle überhaupt noch zu erwarten hat. — Den Petitionen soll diesmal im Abgeordnetenhaus noch ein möglichst weiter Spielraum gewährt werden. Am Mittwoch wird man über die Massenpetitionen aus katholischen Kreisen bezüglich der

Ertheilung des Religionsunterrichts in Volksschulen durch die Geistlichkeit verhandeln.

— Noch niemals ist der Mangel an Assessoren bei den Gerichten so groß gewesen, wie in diesem Augenblick, in welchem die Arbeitsanhäufung einen Umfang angenommen hat, wie nie zuvor. Der Justizminister ist, wie die „Ger.-Ztg.“ bemerkt, ganz außer Stande, die während der Gerichtsferien notwendigen Vertreter der beurlaubten Richter zu bestellen und wird daher, — da eine große Zahl der Richter durch die Ueberbürdung mit Arbeit an ihrer Gesundheit so geschädigt worden, daß sie eines längeren Urlaubes, als ihnen bei der gewöhnlichen Arbeitsvertheilung zufiele, auf ärztliche Anordnung bedürfen, — in diesem Jahre die strenge Innehaltung der Ferienordnung bei allen, namentlich aber bei Gerichten wie das hiesige Stadtgericht zur absoluten Nothwendigkeit werden, d. h. es werden alle Eingaben bis nach Beendigung der Ferien unbedingt unberücksichtigt bleiben, welche nicht eine Sache betreffen, bei der die Nothwendigkeit der eiligen Bearbeitung unzweifelhaft nachgewiesen ist.

— Die bei der Miethsteuer-Erhebung 2c. stattgehabten Ermittlungen ergaben, daß im II. Quartal d. J. 3873 Wohnungen (darunter 823 Keller, Remisen und Pferdeställe) zum Miethspreise von 10 bis 300 Mark Jahresmiete, 1853 (darunter 192 Keller und Remisen) von 300 bis 900 Mark und nahezu 1100 Wohnungen, Verkauf-, Restaurations- 2c. Lokale von 900 Mk. Miete und darüber leer stehen.

Bremen, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung der Bürgererschaft erlitten die bis dahin siegreichen Gegner des Vertrags mit Preußen und Oldenburg über die Wesserschiffahrtszeichen eine erste kleine Schlappe. Der Antrag eines ihrer Führer, Consul Thyen, sich auf die vom Senat nunmehr für nothwendig erklärte Aufhebung der einseitigen Schiffsahrtsabgabe schlechthin nicht einzulassen, wurde verworfen. Zur Annahme gelangte ein vermittelnd gemeinter Vorschlag des Richters Dr. Mohr, die Sache zu glimpflichem Austrag an eine bürgerchaftliche Commission zu verweisen. In diese wurden dann zwar die Herren Mosle und Thyen, aber doch auch verschiedene erklärte Freunde des Ausgleichs mit dem Senat, die in der Stille vielleicht sogar Gönner des zweimal abgelehnten Vertrages sind, gewählt. Mittlerweile dauert in der Ortspresse der Kampf über den Vertrag so heftig wie je fort.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Juni. Der Kaiser hat die Wahl des Altöcheren Zeithammer zum Bürgermeister von Prag, wie die „Politische Correspondenz“ vernimmt, nicht bestätigt.

— Die zu dem in Paris vereinbarten Zusatzverträge zur Baseler Convention getroffenen Ausführungsbestimmungen sind nach einer Meldung des „N. W. Tageblatt“ die folgenden: Der Zusatzvertrag tritt mit der Ratification der Baseler Convention in Wirksamkeit. Die lombardische Eisenbahngesellschaft verpflichtet sich, das ihr übergebene Material nach dem Ablauf des Provisoriums in gleichem brauchbaren Zustande zurückzugeben. Die Regierung und die Gesellschaft entenden gemeinschaftlich eine Commission, um den Zustand der Linien und Immobilien, welche laut der Baseler Convention in den Besitz des Staates übergehen sollen, protocollarisch aufzunehmen. Nach Ablauf der Pachtzeit der Gesellschaft wird der von der Staatsregierung zu fordernde Abnutzungsbetrag abermals durch eine gemischte Commission festgestellt werden. Die Gesellschaft verpflichtet sich ferner, während des provisorischen Betriebes der Bahn alle Auslagen, einschließlich der Steuern, zu tragen, ausgenommen die Kosten für Vermehrung der Routen und des mobilen Materials und diejenigen Kosten, welche nicht ausdrücklich als der Gesellschaft zur Last fallend bezeichnet worden sind. Die auf den Betrieb bezüglichen Verträge, welche nach Artikel 18 der Baseler Convention zu Last und Nutzen der Regierung übertragen werden sollten, bleiben bis zum Ablauf des Pachttermins zu Last und Nutzen der Gesellschaft. Der General-Betriebsdirector wird nach eingeholter Meinungsäußerung der Gesellschaft von der Staatsregierung ernannt. Das Rechnungswesen der Gesellschaft wird während des provisorischen Betriebes durch Commissare der Regierung nach bestimmten festzustellenden Normen kontrollirt werden. (W. Z.)

Prag, 19. Juni. Die Verhandlungen gegen die ehemaligen Leiter der hiesigen Filiale der Creditanstalt haben heute Vormittag begonnen. Nach Verlesung der Anklageschrift wurde zunächst der angeklagte Procurist der Filiale, Senft, vernommen. Derselbe gestand die gegen ihn erhobenen Anklagepunkte im Wesentlichen zu. Die Verhandlungen werden Abends mit dem Verhör des Angeklagten Lederer fortgesetzt werden.

Frankreich.

×× Paris, 18. Juni. Nachdem die erste Aufregung vorüber, beginnt man genauer die Folgen der Buffetischen Wahl ins Auge zu fassen. Die parlamentarische Welt schöpft Athem; die Kammer wird erst am Dienstag und der Senat erst am Mittwoch wieder zusammentreten. Der anfängliche Enthusiasmus der reactionären Mehrheit, welche im Senat zum Vorschein gekommen, hat sich bereits abgekühlt; 6 Royalisten der äußersten Rechten, unter ihnen de Francieu und Vorgeril, richten eine Erklärung an die befreundeten Blätter, worin sie Buffet nicht gerade zärtlich behandeln. Sie haben, so sagen sie, den neuen Lebenslänglichen nicht um seiner selbst willen gewählt, sondern bloß weil sie sich in die Unmöglichkeit versetzt sehen, die Candidatur Chesnelongs durchzubringen, und weil die Urheber der Buffetischen Candidatur versprochen hatten, die neue Mehrheit solle vor Allem dazu dienen, das Waddington'sche Gesetz über die Verleihung der Universitätsgrade zu Falle zu bringen. In einem Anfall von Gewissensbiss schreibt obenein de Francieu an das „Univers“, er betrachte die Wahl Buffets als den schwersten und unverzeihlichsten Fehler, den man unter den jetzigen Umständen begehen konnte. Andererseits betrachten einige Orleanisten mit Bestürzung den Schaden, den sie angerichtet haben. Wie zum Deffteren schon, fragen sie sich, ob sie nicht bloß die Handlanger des Bonapartismus spielen, denn die ungemischteste Freude über Buffets Erfolg geben die Imperialisten kund. Wenn diese Stimmung anhält, so werden die erwähnten Royalisten ihr Opfer umsonst ge-

bracht haben, und die Regierung kann dann darauf rechnen, mit einer kleinen Mehrheit das Waddington'sche Gesetz durchzubringen. Um das zu verhindern, werden freilich die Clericalen in den nächsten Tagen alle Mienen springen lassen. Auf alle Fälle sind die republikanisch gesinnten Minister und die Führer der Mehrheit in der Deputirtenkammer darin einig, den Stiel, wie das Sprichwort sagt, nicht hinter dem Besterdren zu werfen. Der Senat hat das gute Verhältniß der Staatsgewalten zerstört; er hat einen Fehler begangen, der in den Augen des Landes das Verdienst und die Popularität der Deputirtenkammer und des Cabinets erhöht; man wird es ihm überlassen, den Verfassungsconflit wirklich zu eröffnen; die Wahl eines mißliebigen Senators kann als eine Kriegserklärung betrachtet werden, aber das Feuer hat noch nicht begonnen, und das Ministerium kann abwarten, ob der Senat seine Drohungen ausführen wird. Bei der Debatte über das Waddington'sche Gesetz muß sich zeigen, wie weit für jetzt die Annäherung der clericalen Coalition und ihre Gewalt reicht. Inzwischen fällt natürlich der republikanischen Mehrheit der Kammer die Aufgabe zu, das Cabinet in intelligenter Weise zu unterstützen. Gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken sind in der letzten Zeit zu Tage getreten; man wird sie wahrscheinlich einfließen auf sich beruhen lassen, um eine fest geschlossene Partei wiederherzustellen.

Spanien.

Madrid, 12. Juni. Eine Anfrage des regierungsfreundlichen Abg. Vivanco über die Zustände auf Cuba beantwortete der Marine-Minister Lopez de Ayala dahin, daß den Cortes seiner Zeit eine Vorlage über alles, was mit den Geschichten der Antille in Verbindung stehe, zugehen werde. Ganz wie es im Mutterlande der Fall sei, träten auch dort zwei wichtige Punkte in den Vordergrund: der Aufstand und die finanziellen Schwierigkeiten. Was den ersteren anbelange, sei der dauernde Besitz der Insel durch 60 000 spanische Soldaten geschützt, die mit 70 000 einheimischen Freiwilligen so wie nöthigenfalls durch das ganze Spanien ergänzt werden würden. Die wirtschaftliche Lage sei zwar peinlich, aber durchaus nicht verzweifelt; mit Hilfe der gewöhnlichen Einnahmen könne Cuba innerhalb zweier Jahre seine ganze Schuld abtragen. (Nach den Besprechungen der auf Cuba weilenden Deutschen zu urtheilen, müssen die Steuern aber doch wohl jetzt schon eine erdrückende Höhe erreicht haben.) Nach dieser Erledigung der Sache erkundigte sich ein anderer Abgeordneter nach dem jetzigen Aufenthalt des Präsidenten Don Carlos. „Nach einem Telegramm des General-Capitans von Cuba weile er an der mexicanischen Küste“, wurde ihm vom Ministerialsekretär geantwortet. Die Nachricht über seine Entfernung aus Europa wird von den Einen mit dem Drange, in Cuba zu wühlen, begründet, nach der Anderen läge derselben die Absicht zu Grunde, in Amerika fromme Seelen zu Geldopfern für die modernen Gottesstreiter zu bewegen. Letztere Ansicht gewinnt in so fern an Wahrscheinlichkeit, als es in Europa um seinen Credit herzlich schlecht bestellt ist. Ein Telegramm aus London vom 9. d. besagt, daß seine englischen Gläubiger, 300 an der Zahl, ihm wegen der während des letzten Krieges gemachten Schulden hart zu Leibe rücken.

Italien.

Rom, 14. Juni. Die Deputirtenkammer berath noch immer das definitive Budget des Finanzministeriums, dessen steigende Einnahmen, welche in den ersten vier Monaten dieses Jahres auch bei der Gebäudesteuer sechs Millionen Lire mehr betragen haben, als veranschlagt war, der ehrenwerthe Minghetti als sein Verdienst hervorhob. Depretis bestätigte zwar im Allgemeinen die Ausführungen seines politischen Gegners, meinte aber, daß man sich dadurch nicht bestimmen lassen dürfe, zu verschwenken, denn die Finanzlage des Landes sei keineswegs eine so glänzende als Minghetti sie heute und früher geschildert habe. Der Vauten-minister hat von dem hohen Hause einen außerordentlichen Credit von 26 Millionen Lire zur Vollenbung der Landstraßen in den Süd-Provinzen, in Sardinien und Sicilien, sowie 7 Millionen Lire zur Vollenbung der Uferbauten am Po verlangt, wiederum ein Beweis, daß die von den Conforten in ausländischen Blättern verbreiteten Nachrichten, die Einnahmen verringerten sich, die Abgaben gingen schlecht ein und dergl. mehr, Tenzenblagen sind. Die Deputirtenkammer nahm gestern mehrere ministerielle Vorschläge mit großer Majorität an, u. A. ein Gesetz, daß die Gehalte der am schlechtesten besoldeten Elementarlehrer um ein Zehntel erhöht werden sollen. — In den Thälern Oberitaliens haben mehrtägige Regengüsse furchbare Schäden gethan und die Eisenbahnen Susa-Modane und Genoa-Spezia stark beschädigt, so daß die Verbindungen mehrere Tage unterbrochen waren. In Modane, am Mont-Cenis-Tunnel, hat die indische Post, welche 350 Briefsäcke mit sich führte, 24 Stunden liegen bleiben müssen, bevor die Bahn wieder fahrbar war.

Türkei.

Belgrad, 15. Juni. Der Notenaustausch zwischen dem Großvezier und dem hiesigen Cabinet hat bisher keine Aenderung in den serbischen Truppenaufstellungen verursacht. Die Truppen lagern im Süden zwischen Krajagewatz und Alexina, im Nordosten bei Regotin und im Westen bei Wyosniga. Wahrscheinlich wird Tschernajew den durch den Rücktritt des Generals Jach freigeordneten Posten eines Generalstabschefs übernehmen.

Danzig, 20. Juni.

* Vom 1. Juli ab werden auf der Ostbahn die Tagescourierzüge von und nach Berlin auch Passagiere in der III. Wagenklasse zu Schnellzugpreisen befördern.

* Auf Grund des auf Anlegung von Straßen und Plätzen bezüglichen Gesetzes hat jetzt der Handels-Minister zur Herbeiführung eines zweckentsprechenden, möglichst gleichförmigen Verfahrens bei Festsetzung von Plätzen, so wie zur Beschaffung genügender Grundflächen für Beurtheilung der Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Festsetzung jener Linien Ausführungs-Vorschrift erlassen.

* Der Gymnasiallehrer Kowallek in Dt. Crone ist, den „N. W. M.“ zufolge, an das zum 1. October zu eröffnende königl. Gymnasium hieselbst versetzt worden.

* Die Eröffnung des Damenbades auf der

Westerplatte wird, nachdem die Renovierungsarbeiten beendet und die Planung des zum Bade führenden Weges erfolgt ist, morgen Mittag stattfinden.

— [Schwurgericht.] Das hiesige Schwurgericht eröffnete gestern unter dem Vorsitze des Herrn Appellationsgerichtsraths Rammberg seine dritte Sitzungsperiode mit einer Anklagesache wegen vorsätzlicher Brandstiftung gegen den Maurergehelfen Anton Jund aus Püsch. Der Angeklagte ist 48 Jahre alt und macht, was auch die Anklage bestätigt, den Eindruck eines durch Trunksucht sehr herabgekommenen Menschen. Die Vorgeschichte des gegen ihn verhandelten Processes ist in so fern interessant, als Jund selbst, nachdem über die ihm zur Last gelegte Straftat längst Gras gewachsen war, aus freiem Antriebe sein Verbrechen enthielt. Nach seiner Angabe hat ihn lediglich Neugier dazu bewogen, es ist jedoch die Vermuthung nicht ausgeschlossen, daß auch die höhere Unterkunft im Gefängnisse unter seinen Beweggründen mitspielte. Der Angeklagte hatte bis Anfangs Februar 1870 bei dem Gastwirth Dr. Jund zu Püsch Dienstleistungen verrichtet, dann war von seinem Arbeitgeber dies Verhältniß abgebrochen worden, und gleich darauf, am 8. Februar, wird die Draufsche Scheune angezündet. Nachdem das Feuer diese verzehrt hatte, bereitete es sich auf die Scheunen und auf Stallungen zweier Nachbargrundstücke und legte auch diese in Asche, wobei 150 Scheffel ungetroffener Roggen, eine Menge Heu und Stroh und verschiedene landwirtschaftliche Utensilien vernichtet wurden. Der dadurch angerichtete Schaden beträgt insgesammt 12 540 M., und war es nur ein glücklicher Zufall, daß die benachbarten Wohnhäuser geschont werden konnten. Obwohl damals gleichfalls Jund als der Brandstifter von der Volkstimme bezeichnet wurde, blieb er jedoch wegen Beweismangels außer Verfolgung, bis er im Februar d. J. freiwillig vor dem Untersuchungsrichter erschien und, um sein Gewissen zu erleichtern, sich seiner Schuldlosigkeit demüthigte. Demgemäß ist die Anklage lediglich auf sein Geständniß basirt, nachdem festgestellt worden, daß dasselbe mit den Wahrnehmungen der Beschädigten und den sonstigen Ermittlungen übereinstimmt. Angeklagter wiederholte auch heute vor den Geschworenen sein Bekenntniß. Er habe sich an dem Gastwirth Dr. Jund rächen wollen, daß seiner keine Dienste so schlecht bezahlt hätte; im nächsten Zustande habe ihm zwar die Courage dazu gefehlt, doch hätte er dieselbe aus einem tüchtigen Glase Brantwein geschöpft und nun mit einem in Brand gebrachten Stiel trockener Baumrinde das Stroh-dach der Scheune angezündet. Daß auch die Nachbarscheunen niederbrennen sollten, habe er jedoch nicht beabsichtigt. Einer Mitwirkung der Geschworenen bedurfte es hiernach nicht. Das Urtheil lautete auf 4 Jahre Gefängniß, denn wenn auch mit Rücksicht auf das freiwillige Schuldbekenntniß des Angeklagten mitberühende Umstände angenommen wurden, so fiel doch bei Abmessung der Strafe das Motiv der That und die Höhe des verursachten Schadens gewichtig in die Waagschale der Themis. — Eine längere Verhandlung fand jedoch gegen die oft bestraften Arbeiter Emil Neplinius und Albert August Schomberg von hier (zwei gefährliche Speicherpilanten) wegen schweren Diebstahls und den Schankwirth Gottfried Goert wegen einfacher Dieberei statt. Erstere beiden sollten am Abend des 2. Februar d. J. einen von dem Kaufmann Gossling gemiethten Speicher am sog. langen Lauf erbrochen und aus demselben zwei Säcke Java-Kaffee im Werthe von 408 M. gestohlen haben. Dieser Kaffee war schon am nächsten Tage mit denselben Säcken bei dem Angeklagten Goert gefunden worden, welcher zugab, ihn spät Abends von zwei Personen, als welche er seine beiden Complicen recognoscirt hat, für 120 M. gekauft zu haben. Neplinius und Schomberg leugneten trotzdem beharrlich, letzterer wollte sogar, obwohl er stets in Danzig gewohnt hat, noch niemals die Speicherinsel betreten haben, hatte auch einen Alibi-Beweis angetreten, der aber vollständig mißglückte. Die Geschworenen erklärten die beiden abgeurtheilten Diebe mit mehr als 7 Stimmen schuldig, und wurden nun Neplinius und Schomberg zu je 5 Jahren Zuchthaus, Goert zu 8 Monaten Gefängniß und Nebenstrafen verurtheilt.

* Auf der vor einigen Tagen in Bremen abgehaltenen Kaninchen-Ausstellung hat Dr. August Fröse-Wellenbrunn für vier Paare aus seiner Lapin-züchterei hervorgegangenen Normandiner den II. Preis, die bronzene Medaille, erhalten.

** [Polizeibericht.] Arrestirt wurde der Junge C. wegen Diebstahls an Tausend auf der R. f. den Werth. — Gestohlen: am 15. d. der Wittive K. aus ihrer Wohnung ein weißer Bettbezug gen. N. 12. — Wegen den Arbeiter D. ist die Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs und Mißhandlung beantragt, weil er in die Wohnung der unverheiratheten S. und A. gewaltthätig einbrach und Beide thätlich angriff; d. gegen gleich gegen den Arbeiter Carl T., welcher die Frau S. in Stolzenberg durch Raufschläge und Prügel mißhandelte. — Am 16. d. Nachmittags 2 Uhr entstand im Hause Heiligegeistgasse Nr. 8 durch starkes Feuern ein Schornsteinbrand. Die herbeigeeilte Feuerwehr kam nicht mehr zur Thätigkeit, da der Brand von selbst erlosch. — Verlor: am Sonntage den 18. d. auf dem Bahnhofs-Platz im Gedränge eine schwarzseidene Spitzenröhre. — Während der Pflasterungsarbeiten am Hohen Thore, welche bis zum 22. d. dauern werden, muß der Fußverkehr vorübergehend beschränkt werden, daß durch das hohe Thor nur Wagen von außerhalb nach der Stadt fahren, während Wagen aus der inneren Stadt ihren Weg durch das Jakobsthor zu nehmen haben. Diese Bestimmung bleibt auch noch am 23. d., dem Tage des Johannisfestes, in Kraft.

△ Neustadt, 17. Juni. Die gestrige Versammlung der Stadtverordneten gab zunächst ihre Zustimmung zu dem Beschlusse des Magistrats, wonach dem Beigeordneten Rechtsanwält Grolp, der jetzt 16 Jahre Mitglied des hiesigen Magistrats ist, das Prädikat eines Stadtkämmerers verliehen wird. Dann genehmigte dieselbe die provisorische Anstellung eines Schulieners an der neuen Stadtschule und die Erhöhung der Gehälter der Nachwächter. Darauf beschloß die Versammlung, außerordentliche Bekanntmachungen, die in dem Neustädter Anzeiger zu spät zur Anzeige gelangen werden, durch eine Klingel öffentlich anzeigen. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung war die Erweiterung der Einrichtung einer Wasserleitung. Die Stadt ist seit dem Jahre 1817 im Besitze einer kleinen Wasserleitung, welche das Wasser aus dem nabeliegenden Gebiete der Gräfin Kaiserling'schen Herrschaft beziehend, durch die Klosterstraße bis auf den Markt geht. Nachdem schon vor einigen Jahren von den städtischen Behörden beschlossen war, die hölzernen Röhren durch eisernen zu ersetzen, erschien es wünschenswerth, bei dieser Gelegenheit die Wasserleitung über die ganze Stadt hin zu erweitern. Dieses Project, nach welchem alle Straßen der Stadt mit Ausnahme zweier kurzen Strecken dergestalt mit Wasser versehen werden können, daß dasselbe durch Anschluß an das Hauptrohr in die Häuser hinan geleitet werden kann, lag, nachdem der Magistrat sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte, der Stadtverordneten-Versammlung vor. Nach längerer Debatte wurde dasselbe mit großer Majorität angenommen, und wird in kürzester Frist an den Bau dieser segensreichen Einrichtung herangegangen werden.

Culm, 18. Juni. Die mit dem hiesigen Institut der barmherzigen Schwestern verbundene Schule und Pensionat soll nach einer Anordnung des Cultusministers eintheilen noch bestehen bleiben, um Zeit für den Ertrag der von dieser Anstalt bisher geübten Unterrichts- und Erziehungstätigkeit zu gewinnen. In dem die königliche Regierung zu Marienwerder die ministerielle Anordnung jetzt hier veröffentlichten läßt,

Seute wurde uns ein kräftiger Sohn geboren.
Colberg, den 19. Juni 1876.
Dr. Schöndorff, Kgl. Stabsarzt, und Frau.

Todes-Anzeige.
Heute starb hier nach längerem Leiden im 50sten Jahre seines Alters, der königliche Kreisbaumeister
Herr Ferdinand Schwalin,
welches seinen auswärtigen Freunden und Bekannten betrieht anzeigen
seine künftigen Freunde.
Carthaus, den 19. Juni 1876.

Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß es Gott gefallen, unsern innigst geliebten Vater und Vater, den Rabbiner

Herrn Dr. Josue Wallerstein
nach siebenwöchentlichem Krankenlager zu sich zu nehmen.

Danzig, den 19. Juni 1876.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. Juni, Nachmittags 4 Uhr, vom Sterbhaufe, Vorstädtischen Graben No. 52, statt.
Durch das Dahinscheiden des Rabbiners **Herrn Dr. Wallerstein** verlieren wir einen liebevollen Vorgesetzten und einen treuen Rathgeber. Sein Andenken wird uns unvergänglich bleiben.
Die Lehrer und Lehrerinnen der israelitischen Knaben- u. Mädchen-Schule.

Bekanntmachung.
Der Anbau und die Instandsetzungsarbeiten an dem Wohnhause der Königl. Oberförsterei Sobbowitz sollen in Submiffion verdingt werden und steht hierzu Termin an auf

Freitag den 30. Juni cr.
Vormittags 9 Uhr
im Bureau des Unterzeichneten, Motilauer-gasse No. 15, woselbst auch Zeichnung, Anschlag und Bedingungen eingesehen werden können; Offerten sind bis zur Terminstunde bei dem Unterzeichneten einzureichen.
Danzig, den 18. Juni 1876.
Der Bau-Inspcctor.
Nath. 4446)

Bekanntmachung.
Vom 21. Juni bis ultimo September cr. werden zur Fahrt von Danzig (Hohe Thor) nach Neufahrwasser auf Station Danzig (Hohe Thor) besondere Tagesbillets mit einseitiger Gültigkeitsdauer zu dem ermäßigten Fahrpreise
für die 2. Wagenklasse zu 0,60 M.,
für die 3. Wagenklasse zu 0,50 M.
für die Hin- und Rücktour ausgegeben.
Freigewicht für Gepäck wird nicht gewährt.
Bromberg, den 18. Juni 1876.

Königl. Direction der Ostbahn.
Abonnements auf Journale u. Zeitungen, als:
Illustr. Zeitung, Ueber Land u. Meer, Gartenlaube, Daheim, Hausschatz, Rundschau, Fliegende Blätter, Kladderadatsch, Wespen, Ulk, Modenzei-tungen, sowie auf alle übrigen in u. ausländischen Zeitungen nehme ich entgegen bei schneller regelmäßiger Lieferung.
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musikalienhdlg.
Langgasse 78.

Ich beabsichtige zum 1. Octbr. d. J. für Mädchen, welche die höhere Töchter-schule besuchen, ein Pensionat zu gründen, und bitte die geehrten Eltern die mir ihre Kinder anvertrauen wollen, sich im Hause meines Schwagers des Herrn Otto Braunschweig in Danzig, Neugarten 11, zu näherer Rücksprache bei mir gefälligst melden zu wollen.
Jeannette Lange
geb. Collus.

Die Schüler der jüdischen Religions-Schule werden hierdurch aufgefordert, bei der am Mittwoch d. 21. d. M. Nachmittags 4 Uhr stattfindenden Beerdigung des Herrn Dr. Wallerstein sich zahlreich zu betheiligen.
Danzig, Juni 1876.

Garten Ledhönig
empfiehlt
E. F. Sontowski, Gartenth. 5.

Gut erhaltene Pflanzen
a Pfd. 12 Pf. bei Abnahme von 5 Pfund a Pfd. 10 Pf. bei
E. F. Sontowski, Gartenth. 5.

Feinste
Matjes-Heringe,
Juni-Fang,
erhielt und empfiehlt
G. A. Rehan.

So eben angekommen:
Neue Abonnenten Kartoffeln, Matjes-Heringe, Juni-Fang, delicat!
Friedrich Groth,
2. Damm No. 15.

Gras- und Getreide-Mähmaschinen, Pferderechen,
sowie
alle anderen landwirthschaftl. Maschinen und Geräthe
empfehlen
Glinski & Meyer,
Danzig,
Comtoir, Lager und Werkstat. Vorstädtischen Graben No. 33a.

Holz-Auction
auf dem Weichhöfer Außendeiche neben der Brücke.
Mittwoch, den 21. Juni 1876, Vormittags 11 Uhr, werde ich im Auftrage und für Rechnung wen es angeht,
ca. 900 Stück eichene Schwellen,
ca. 200 Stück fichtene Schwellen
in Pößen von 25 bis 50 Stück, an den Meistbietenden verkaufen.
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.
Joh. Jao. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: Hundegasse No. 111.

Seebad Zoppot.
Donnerstag, den 22. Juni: Concert von der Kapelle des 3. Ostpreuss. Grenadier-Regiments No. 4 und große Vorstellung der Herren Feldermann und Sohn.
Da die Herren Feldermann und Sohn für ihre erste Vorstellung ein ungünstiges Wasser gewöhlt hatten, indem im Hafen am Leuchthurm durch Ein- und Auslaufen der Schiffe, wie am Sonntag der Fall war, die Vorstellung gestört wurde u. dieselben dadurch gezwungen waren, so weit in See zu schwimmen, daß dem unbewaffneten Auge wenig zu sehen übrig blieb, so habe ich auf Wunsch der Herren Feldermann und Sohn dieselben für Zoppot engagirt. Hier, wo keine Störungen und Hindernisse vorkommen, können die höchst interessanten Vorstellungen, verbunden mit Wasser-Feuerwerk, welche in allen Hauptstädten Europas großes Aufsehen erregt haben, worüber genügende Zeugnisse vorliegen, zur vollen Geltung ausgeführt werden.
Anfang des Concerts 5 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr. Entree für Concert und Vorstellung 1 M. Entree zur Vorstellung allein ½ M.
H. Buchholz.

Loose Berliner Flora-Lotterie
a 3 Mark. Loose a 3 Mark.
Ziehung definitiv am 1. Juli 1876. Loosevorrath gering.
Stralsunder Pferde-Lotterie a 3 M.; Königsbrgr. Erzieh.-Anstalt-Lotterie a 3 M. zu haben bei
Theodor Bertling, Gerbergasse 2.

Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt.
Nachdem am 17. Mai d. J. die vorgeschriebene Revision des Abchlusses der Bücher und der Geld- und Dokumenten-Bestände stattgefunden, bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß beim Jahreschlusse 1875 das mit pupillarischer Sicherheit verwaltete Vermögen der Anstalt, einschließlich 134,055 M. Cautionen der Beamten und Agenten etc.
40,948,896 Mark 88 Pf.
betrugen hat, mithin
1,070,483 Mark 82 Pf.
mehr als beim Jahreschlusse 1874.
Die näheren Details ergibt der so eben erschienene 37. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1875, welcher bei den Haupt- und Special-Agenturen, sowie bei der Haupt-Kasse in Berlin, Mohrenstraße No. 59, zu haben ist.
Die vom 2. Januar 1877 ab zahlbaren Renten einer vollständigen Einlage von 300 Mark für das Jahr 1876 betragen:

Bei der Jahres-Gesellschaft	in Klasse											
	I		II		III		IV		V		VI	
	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.
1839	15	—	17	75	23	95	46	85	288	40	—	—
1840	14	60	17	—	22	70	37	90	334	25	450	—
1841	14	10	16	35	20	90	38	55	181	10	450	—
1842	14	—	17	5	20	35	32	40	122	10	450	—
1843	14	20	16	—	20	—	33	5	104	85	450	—
1844	14	30	16	35	20	10	29	75	228	50	—	—
1845	13	50	15	20	18	—	28	45	72	45	—	—
1846	13	15	15	15	18	30	22	90	103	90	—	—
1847	13	10	15	50	17	—	25	30	40	60	—	—
1848	13	50	15	05	22	45	20	20	110	60	—	—
1849	12	95	15	—	15	70	23	70	39	30	—	—
1850	13	10	15	15	18	10	22	75	55	80	—	—
1851	13	05	15	35	18	45	23	10	32	80	—	—
1852	12	75	14	50	16	50	30	25	39	15	—	—
1853	13	—	14	40	16	35	22	20	35	95	—	—
1854	12	60	14	60	16	40	18	35	25	60	—	—
1855	12	95	15	35	15	18	20	25	60	—	—	—
1856	12	50	14	30	15	80	22	75	29	65	—	—
1857	12	60	15	30	17	30	18	60	27	75	—	—
1858	12	50	14	55	15	75	17	65	25	50	—	—
1859	12	30	14	60	15	39	19	75	27	75	—	—
1860	12	30	14	30	16	75	16	90	23	85	—	—
1861	12	50	14	25	15	20	17	25	19	50	—	—
1862	12	30	13	90	15	50	16	70	23	85	—	—
1863	12	45	13	65	14	60	15	50	22	90	—	—
1864	12	25	13	20	15	55	16	40	21	—	—	—
1865	12	20	13	5	15	40	16	35	18	85	—	—
1866	12	45	13	30	14	10	16	15	17	30	—	—
1867	12	30	13	50	15	—	16	20	17	—	—	—
1868	12	10	13	40	15	55	15	65	17	65	—	—
1869	12	20	12	85	14	45	17	40	17	—	—	—
1870	12	20	13	10	14	75	16	—	16	85	—	—
1871	12	05	12	90	14	49	15	65	16	80	—	—
1872	12	—	13	10	14	35	15	20	16	70	—	—
1873	12	—	12	80	14	65	15	20	16	50	—	—
1874	11	90	12	65	14	—	15	10	16	35	—	—
1875	9	—	10	—	11	—	12	—	13	—	—	—

Die Statuten, sowie die ausführlichen Prospekte können bei uns unentgeltlich in Empfang genommen werden.
Jede weitere wünschenswerthe Auskunft zu ertheilen, sowie Meldungen zum Eintritt und Einzahlungen in Empfang zu nehmen, sind wir jederzeit bereit.
Berlin, den 8. Juni 1876.

Direction der Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.
Zur Vermittelung von Einlagen sowie zur Empfangnahme von Nachtragszahlungen sind bereit:
M. A. Sasse in Danzig, **Albert Reimer in Elbing,**
Haupt-Agent. **Sermann Weiß in Marienburg,**
Special-Agenten.

Ein schönes Gut,
30 Jahre in einer Hand, unweit Danzig, ca. 1000 Morg., mit Milcherei, Inventar, Maschinen etc., soll preisw. bei 20-25,000 R. Anzahlung verkauft werden durch M. Fürst, Heil. Geistgasse 112.

Ein leichter fast neuer Jagdwagen auf fr. Achsen
(1- auch 2-spännig) steht Vorstädt. Graben No. 54 zu verkaufen.

Ein Pianino,
von und höchst elegant, preisgekröntes Fabrikat, in Eisen konstruirt, ist billig zu verkaufen Holzmarkt No. 4, 2 Treppen. (4454)

Holz-Auction
am Troyl (Fischbeck's Land).
Mittwoch, den 21. Juni 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten Orte, im Auftrage und für Rechnung wen es angeht:
ca. 214 Stück eichene doppelte Alöke,
= 838 = eichene Schwellen
in kleinen Partien an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen.
Joh. Jao. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: Hundegasse No. 111.

Neue englische Matjes-Heringe, Rizzaer Speiseöl
empfiehlt
Julius Tetzlaff.
Vorzüglich schöne
Dill- u. Striemeselguten
schon- und süßweise empfiehlt.
A. Baranski, Alt-St. Graben 16.

Neue Matjes-Heringe
vorzüglicher Qualität
empfiehlt
Carl Schnarcke.
Wiener Café-Haus.
Berzappe
echt Erlanger
aus der Brauerei von Gebr. Reif.
Rob. Wentzel.

Räumungshalber
verkauft von jetzt ab sämtliche
Sonnen-Schirme
zu sehr herabgesetzten, auffallend billigen Preisen.
Adalbert Karau,
35. Langgasse 35.

Carl Volkmann in Danzig
empfiehlt sein Lager
Berliner Billards,
sowie Neues, Tuch, Bälle, Duelle-
leder etc. zu Fabrikpreisen.

Besten Zimmer-Asphalt
empfehle und übernehme dessen Verarbeitung zur Abdeckung von Gewölben, zu Isolir-schichten und Ganglagen aller Art für Trottoirs, Hausflure, Kellereien, Pferde-ställe etc. unter Garantie für sorgfältige Ausführung.
Herrm. Berndts,
9676) Raffade 3 u. 4.

Antiseptisches
Waschwasser
nach Vorschrift des Hrn. Geh. Sanitätsrath Dr. Burrow, sicheres und vollkommen gefahrloses Mittel zur Beseitigung übelriechender und scharfer Schweiß, gegen das Wundwerden der Füße, Durchliegen bei langwierigen Krankheiten, zur Beseitigung übertragener Aus-scheidungsstoffe etc., in ¼ Quart-flaschen a 10 Pf. bei
W. Neudorff & Co.,
Königsberg in Pr. und in unserer alleinigen Niederlage für Danzig bei Herrn
Albert Neumann,
3992) Langenmarkt 3.

Rips-Pläne
300 Stück räumungshalber billig. Reit- und Tretpfähle, Eide aller Art, darunter Farmer- a 12½ Pf., empfiehlt
Otto Retzlaff,
4337) Milchmarkt, und Fischmarkt.

Kalk
frisch gebrannt und direct aus dem Ofen, ab Kalkbrennerei Brösen, sowie ab Lager Danzig offerirt
W. Wirthschaft,
Gr. Gerbergasse 6.

Ein schöner Gut,
30 Jahre in einer Hand, unweit Danzig, ca. 1000 Morg., mit Milcherei, Inventar, Maschinen etc., soll preisw. bei 20-25,000 R. Anzahlung verkauft werden durch M. Fürst, Heil. Geistgasse 112.

Ein leichter fast neuer Jagdwagen auf fr. Achsen
(1- auch 2-spännig) steht Vorstädt. Graben No. 54 zu verkaufen.

Ein Pianino,
von und höchst elegant, preisgekröntes Fabrikat, in Eisen konstruirt, ist billig zu verkaufen Holzmarkt No. 4, 2 Treppen. (4454)

Ein Marmorkamin ist billig zu verkaufen
Fischmarkt No. 29.

Ein mit der Kundschaft in Ost- und Westpreußen bekannter Reisender wird für ein Tabaksgeschäft gesucht und gefällige Offerten unter No. 4460 in der Exped. d. Btg. entgegen-genommen.

Eine Restauration, gute Nahrungs-stelle, frequente Lage, ist mit vollständigem Mobilien sofort nach-weise zu haben. Zur Uebernahme sind 1000 R. erforderlich. Näb. unter No. 4477 in der Exped. d. Btg.

40,000 Thaler
a 5%, unlä. bbar. Stiftungsgeld, auch in getheilten Pösten, nämlich (nur Danziger Gerichtsbarkeit) zu haben Heiligegeist-gasse 112, im Comtoir. (4478)

Langgarten No. 29 ist die Saalestage, bestehend aus 5 Zimmern nebst allem Rubel, Eintritt in den Garten, auf Wunsch mit Pferdeflur und Wagenflur, am October zu vermieten. Miethspreis 1500 M. Bestätigung von 10 bis 12 Uhr Vormittags. (4459)

Vorschuß-Verein zu Danzig,
Eingetragene Genossenschaft.
Dienstag, den 27. Juni, Abends 6 Uhr, im großen Saale des Schützen-hauses (Eingang von der Schießbrunne durch den Garten),
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1) Beschlußfassung über die Remuneration und Caution des Vorstandes (§§ 15 und 46, 5 der Statuten),
2) Wahl des Controlleurs (§§ 4 und 46, 5 der Statuten).
Unbekannte Mitglieder müssen sich vor dem Wahlact legitimiren.
Der Verwaltungsrath des Vorschußvereins zu Danzig.
Eingetragene Genossenschaft.
C. Bergmann,
Kellner, Vorsitzender.

Seebad Westerplatte.
Von Mittwoch, den 21. d. Mittags, find auch die kalten Bäder für Damen geöffnet.
A. Schüller.

Kaffeehaus
zum
freundschaftlichen Garten
Das auf Freitag, den 23. d., fallende Abonnements-Concert wird des Johanne-s-festes wegen auf Donnerstag, den 22. d. verlegt.
C. Reifmann.

Seebad Westerplatte.
Mittwoch, den 21. Juni:
zum Besten der Pension-Zufuß-Kasse für die Musikmeister:
Großes
Doppel-Concert,
gegeben von den Musik-Obren des 3. Ostpreuss. Grenadier-Regts. No. 4 und des 1. Leib-Fusaren-Regiments No. 1. Familien-Billets, 3 Stück 1 Mark, find in den Conditoreien der Herren **a Porta, Langenmarkt, u. Winter,** Langenbrücke, Herrn **Schüller, Wester-platte,** bis 4 Uhr Nachmittags zu haben. An der Kasse 50 A. Kinder 10 A. Anfang 4 Uhr.
4429) **H. Buchholz, F. Reil.**

Action-Brauerei Hl. Hammer.
Mittwoch, den 21. Juni:
Großes
Militair-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des Königl. 4. Ostpr. Grenad.-Regts. No. 5.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
L. Kiliun, Musikmeister.

Selonke's Theater.
Mittwoch, den 21. Juni: Der Bi-genauer. Genrebild. Ein Ständchen in der Gerichtsstube. Pöffe mit Gefang-Concert. Ballet.

Eine Spitzen-Rotunde ist Sonn-tag, Abends 9 Uhr, auf dem Bahnhofs-Platz verloren. Wieder-bringer erhält eine gute Belohnung.
Robert Werwein,
4428) Breitgasse 123/29.

Ein brauner Tänderich (Gold-Mär) ist von der norm. Bark „Mentor“, Solm liegend, fortgeseglen. Wieder-bringer erhält ½ R. Belohnung.

Verantwortlicher Redacteur: S. Kötner.
Druck und Verlag von A. W. Kefema-Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9792 der Danziger Zeitung.

Danzig, 20. Juni 1876.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

London, 19. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Für forcierte Verkäufe Preise etwas niedriger. — Die Getreidezufuhren vom 10. bis zum 16. Juni betrugen: Engl. Weizen 2802, fremder 45327, engl. Gerste 654, fremde 7993, engl. Malzgerste 20786, fremde — engl. Hafer 337, fremder 4353 Dts. Engl. Mehl 16817 Sack, fremdes 3080 Sack und 19451 Fas. — Wetter: Schön.

London, 19. Juni. [Schluß-Course.] Consols 94 1/2. 5% Italiensische Rente 73 1/4. Lombarden 7 1/4. 3% Lombarden-Prioritäten alte 9 1/4. 3% Lombarden-Prioritäten neue —. 5% Russen de 1871 —. 5% Russen de 1872 90. Silber 51 1/2. Türkische Anleihe de 1865 13 1/2. 5% Türken de 1869 14. 6% Vereinigte Staaten für 1885 105 1/4. 6% Vereinigte Staaten 5% fundirt 106 1/2. Oesterreichische

Silberrente 58. Oesterreichische Papierrente 55. 6% ungarische Schatzbonds 83. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 83. Spanien 14 1/2. 5% Peruaner 17. — In die Bank flossen heute 62000 Pfd. Sterl. Platzdisc. 1 1/2 %.

Liverpool, 19. Juni. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6 1/2, middling amerikanische 6 1/2, fair Dholerab 4 3/4, middl. fair Dholerab 4 1/2, good middl. Dholerab 4, middl. Dholerab 3 3/4, fair Bengal 3 3/4, good fair Broach —, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4, fair Pernam 6 1/4, fair Smyrna 5 1/4, fair Egyptian 5 1/2. — Unverändert. — Upland nicht unter low middling Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung 6 1/2 d.

Paris, 19. Juni. (Schlußbericht.) 3% Rente 68,55. Anleihe de 1872 106,30. Italienische 5%

Rente 74,05. Ital. Tabak-Actien —. Italiensische Tabak-Obligationen —. Franzosen 576,25. Lombardische Eisenbahn-Actien 191,25. Lombardische Prioritäten 246,00. Türken de 1865 13,65. Türken de 1869 80,00. Türkenloose 45,75. Credit mobilier 152. Spanien exte. 14, do. inter. 12 1/2. Suezcanal-Actien 705. Banque ottomane 373. Société generale 525. Credit foncier 770. Egypter 213. Wechsel auf London 25,28 1/2. — Sehr fest und belebt.

Paris, 19. Juni. Productenmarkt. Weizen matt, für Juni 28,50, für Juli 28,75, für Juli-August 28,75, für September-Dezember 29,75. Mehl weich, für Juni 62,75, für Juli 63,00, für Juli-August 63,50, für September-Dezember 65,00. Rüböl weich, für Juni 76,25, für August 77,50, für September-Dezember 78,75, für Januar-April 80,00. Spiritus weich, für Juni 45,25, für Sept.-Dezember 48,50. Antwerpen, 19. Juni. Getreidemarkt

(Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer gefragt. Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 3/4 bez. und Br., für Juni 28 3/4 Br., für Juli 29 Br., für September 31 Br., für September-Dezember 31 1/2 bez. und Br. — Behauptet.

Wien, 19. Juni. (Schlußcourse.) Papierrente 66,95. Silberrente 70,45. 1854r Loose 107,25. Nationalb. 860,00. Nordbahn 1840. Creditactien 151,30. Franzosen 272,00. Galizier 204,75. Kaschan-Oberberger 95,00. Pardubitzer —. Nordwestbahn 132,50. do. Lit. B. —. London 121,00. Hamburg 58,80. Paris 47,80. Frankfurt 58,80. Amsterdam 99,75. Creditloose 162,50. 1860r Loose 111,00. Lomb. Eisenbahn 91,50. 1864r Loose 130,70. Unionbank 61,75. Anglo-Austria 74,50. Napoleons 9,61 1/2. Dukaten 5,78. Silbercoupons 102,80. Elisabethbahn 150,20. Ungarische Prämienloose 73,50. Deutsche Reichsbanknoten 59,35. Türkische Loose 19,00.

Berliner Fondsbörse vom 19. Juni 1876.

Die Börse trug zwar im Allgemeinen eine festere Physiognomie, die geschäftliche Thätigkeit blieb aber nur in sehr engen Grenzen, so daß eine leitende Tendenz kaum zum Ausdruck gelangte. Träger der Festigkeit waren nur einige Speculationspapiere, die auch in den Coursnotirungen mehr oder weniger umfangreiche Fortschritte aufzuweisen haben. Oesterreichische Creditactien setzten schon bei Beginn des Geschäftes mit einer Advance von 6 A. gegen den vorgestrigen Schlußkurs ein,

zeigten sich in ihrer weiteren Entwicklung dann aber schwankend; nach einer anfänglichen Steigerung des Courses trat eine ziemlich intensive Abschwächung ein, während welcher die Notiz um ca. 4 A. zurückging. Am Schluß befestigte sich indeß die Stimmung wieder und wurde der Anfangscours zurückgewonnen. Oesterreichische Staatsbahnen gingen aus dem heutigen Verkehr mit einer Erhöhung von 6 A. hervor. Lombarden zeigten sich ebenfalls recht fest. Beliebt waren ferner

die Oesterreichischen Nebenbahnen, besonders zogen Galizier im Course an. Die lokalen Speculationseffecten blieben vernachlässigt. Für die ausländischen Staatsanleihen war die Stimmung keinesfalls fest, der Umsatz darin war zwar nur beschränkt, doch schien das Angebot einiges Uebergewicht zu gewinnen. Russische Staatsverthe waren etwas besser und trugen auch einige Courseerhöhungen davon. Preussische Fonds fest, aber still, ebenso andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Die

Zeichnungsanmeldungen auf die sächsische Anleihe laufen sehr zahlreich ein. Das Prioritätengeschäft blieb sehr gering. Auf dem Eisenbahnactienmarkt erlitt die anfängliche Festigkeit bei den geringfügigen Umsätzen bald eine starke Abschwächung. Bankactien waren wenig fest und erfuhren auch nur geringen Umsatz. Industriepapiere meist geschäftslos, Montanwerthe sehr still.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.			Hypotheken-Pfandbr.			Ausländische Fonds.			Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.			Ansländische Prioritäts-Obligationen.			Bank- und Industrieactien.			Sorten.		
Consolidirte Anl.	4 1/2	104,70	Un. R. Pr. R. 1872	5	100,20	do. Präm.-A. 1864	5	175,25	Berlin-Hamburg	177,75	10	† Elzard-Posen	101,75	4 1/2	do. do. B. S. 1874	5	58,80	Dis.-Comm.-	113,80	7
Pr. Staats-Anl.	4	99,40	Ob. Gr. R. 1872	5	103,20	do. do. von 1866	5	172,25	Berlin-Nordbahn	—	0	Thüringer	129,25	8 1/2	† Anger. Nordb.	5	52,50	Gen.-R. S. 1874	10	0
Staats-Schuld.	3 1/2	94,50	Cent. Gr. R. 1872	5	107,60	Russ. Ob. Gr. R. 1872	5	85,80	Berlin-Süd-Nord	85,60	3	† Zittau-Insterburg	23,25	0	† Anger. S. 1874	5	50,30	Int. Handelsb.	36	0
Pr. Präm.-A. 1865	3 1/2	131,50	do. do. do.	4 1/2	98,50	Kass. Centralb.	5	—	Berlin-Stettin	121,25	9	Weimar-Gera gar.	57,25	2 1/2	Dresd.-Grajewo	5	71,25	Schuld. v. S. 1874	80,90	5 1/4
Sandwich. C. Pfandbr.	3 1/2	95,80	Kündb. do.	4 1/2	100,30	Pol. Pol. S. 1874	4	84	Bresl. S. 1874	78	5 1/2	do. St.-Pr.	35	2 1/2	† Grajewo	5	—	Schuld. v. S. 1874	21,50	1 1/2
Österr. Pfandbr.	3 1/2	85,90	Danz. Hyp.-Pfandbr.	5	100,00	Pol. Pol. S. 1874	4	—	Bresl. S. 1874	101,80	6 1/2	do. St.-Pr.	23,30	—	† Grajewo	5	93,60	Reichsbank	126	6 1/2
do. do.	4	95,80	Ob. Gr. R. 1872	5	109,00	do. do. do. do.	5	77	Bresl. S. 1874	99,50	5	† Krasn. S. 1874	—	0	† Krasn. S. 1874	5	93,90	Deut. Credit-B.	257,50	5
do. do.	4 1/2	102,40	Somm. Hyp.-Pfandbr.	5	102,25	do. Siquidat. S.	4	68,30	† Krasn. S. 1874	0,90	0	† Krasn. S. 1874	87	6	† Krasn. S. 1874	5	99	Pr. S. 1874	98,30	8
Pomm. Pfandbr.	3 1/2	84,80	IL. u. IV. Gr. R. 110	5	100,50	Amerik. Anl. v. 1885	5	100,50	do. St.-Pr.	2	0	† Krasn. S. 1874	45,25	6	† Krasn. S. 1874	5	93,50	Pr. S. 1874	117,50	9 1/2
do. do.	4	95,25	III. Gr. R. 110	5	100,50	do. 5% Anl.	5	102,10	do. St.-Pr.	11	0	† Krasn. S. 1874	46,60	5	† Krasn. S. 1874	5	84,40	Pr. S. 1874	51	0
do. do.	4 1/2	102,75	Stett. Nat. Hyp.-B.	5	101	do. do. p. 1881	5	104,90	do. St.-Pr.	22,90	0	† Krasn. S. 1874	17	0	† Krasn. S. 1874	5	95,25	Pr. S. 1874	124,50	9 1/2
Posenische neue do.	3 1/2	94,80	do. do.	5	101	do. do. p. 1881	5	104,90	Gannover-Altenb.	15,90	0	† Krasn. S. 1874	461	6 1/2	† Krasn. S. 1874	5	—	Schaffh. Bnd.	66,25	5 1/2
Westpreuss. Pfandbr.	3 1/2	84,90	Ausländische Fonds.			do. do. p. 1881	5	101,70	do. St.-Pr.	36,25	0	† Krasn. S. 1874	221	5	† Krasn. S. 1874	5	—	Schleif. Bnd.	84,50	6
do. do.	4	96	Oester. Pap.-Rente	4 1/2	56,70	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	21,75	0	† Krasn. S. 1874	60	5	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. do.	4 1/2	101,80	do. Silber-Rente	4 1/2	59,20	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	74,60	3 1/2	† Krasn. S. 1874	51	4 1/2	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. II. Ser.	5	106,90	do. Rente 1854	4 1/2	98	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	90,90	3	† Krasn. S. 1874	70	8	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. do.	4 1/2	—	do. Rente 1858	—	313	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	65,50	3 1/2	† Krasn. S. 1874	108,75	5,92	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. do.	4 1/2	97	do. Rente 1860	—	102,50	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	152,50	0	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. do.	4 1/2	102,20	do. Rente 1862	—	262,50	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	6,70	0	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Pomm. Rentenbr.	4 1/2	101,90	Ungar. S. 1874	—	66,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	17,50	0	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Posenische do.	4	97,3	Ungarische Rente	—	148,75	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	193	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Preussische do.	4	96,75	Kass. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
do. do.	4 1/2	96,90	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	118,90	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Bayer. Präm.-A.	4	121,80	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Braunsch. Pr.-A.	—	82,90	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Rheinl.-M. Pr.-S.	3 1/2	108,10	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Schles. S. 1874	3 1/2	171,90	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Südb. Pr.-Anl.	3 1/2	70,50	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0
Wien. Pr.-Anl.	3 1/2	136,40	do. S. 1874	—	92,25	do. do. p. 1881	5	72,50	do. St.-Pr.	92,25	5	† Krasn. S. 1874	—	—	† Krasn. S. 1874	5	—	Stett. Bnd.	86,75	0

